

Pressemitteilung

MIG – ist die richtige Entscheidung

Die Christdemokraten nehmen Stellung zu den Entscheidungen der letzten Stadtverordnetenversammlung. Dabei begründen sie ihre ablehnende Haltung zur Beschlussfassung der MIG damit, dass hier leider die Ampelfraktionen ihre Entscheidung, einen zweiten Stadtrat zu wählen, mit der Geschäftsgründung der MIG in unzulässiger Weise verknüpfen.

„Wir stehen zur Errichtung der Maintal Immobilien Gesellschaft, wilde Schnellschüsse werden aber das gemeinsame Ziel einer erfolgreichen Gesellschaft verhindern“, so der Fraktionsvorsitzende Martin Fischer. „Bevor es weder einen klaren Plan über die Gesellschaftsform oder einen Businessplan gibt, bevor völlig unklar ist, welche Aufgaben und Geschäftsfelder aus der städtischen Verwaltung in die MIG übergehen, noch auch nur annähernd bekannt ist, welche Personalstellen in der MIG geschaffen werden, bedeutet diese Beschlussfassung keinen Fortschritt für Maintal“, so der Christdemokrat.

Mit der Beschlussfassung zum Haushalt 2017 wurde das klare Signal für die Gründung der MIG durch die Stadtverordnetenversammlung gesetzt. Daran ändert auch der Beschluss der Stadtverordneten der letzten Sitzung nichts. „Vielmehr aber scheint es den Ampelfraktionen darum zu gehen, dass so nebenbei die Stelle eines zweiten Stadtrates geschaffen werden soll, der dann durch eine politische Besetzung aus der Mehrheitsfraktion kommt. Anders erklärt es sich nach Ansicht der Christdemokraten nicht, dass in der Begründung zur Beschlussfassung zur Änderung der Hauptsatzung die Willensbekundung des ersten Stadtrates zur Aufgabenübernahme in der MIG aufgeführt wird. „Und so nebenbei bekommt der 1. Stadtrat noch ein Willkommenspaket geschnürt, dass ihm seine Versorgungsleistung sichert. Ein Unding zu Lasten der Steuerzahler.“, erklärt Wilfried Siegmund, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CDU im Stadtparlament.

„Unbestritten“, so Martin Fischer, „hätte es diesen Beschluss der Stadtverordneten zur MIG nicht gegeben, so hätte sich auch nichts an der voranschreitenden Vorbereitung zur Gründung der MIG nichts geändert. Die Stadtverwaltung – und das hatte die Rathauschefin auch ausgeführt – arbeitet mit den entsprechenden beratenden Firmen an den erforderlichen Schritten und Verträgen zur Gründung einer MIG“. Eine Begründung zur Schaffung der zweiten Stadtratsstelle, die für die Stadt Maintal erhebliche Mehrkosten bedeutet, wäre aber der Ampel viel schwieriger gefallen“, erklären die Christdemokraten abschließend.